Drei Fragen an
Eamon Gilmore

Nach einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg in Kolumbien wurde im November 2016 ein Friedensvertrag unterzeichnet. Ist die Balance zwischen juristischer Aufarbeitung und politischem Friedensschluss gelungen?

Aus meiner Sicht handelt es sich um ein ausgeglichenes Friedensabkommen, das notwendige Kompromisse enthält, um die Gewalt durch die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) zu beenden. Der Vertrag umfasst mehr als 300 Seiten und regelt den Prozess zur Beendigung des Konflikts: Die FARC-Guerilla sollen ihre Waffen niederlegen und sich verpflichten, ihre Ziele mit politischen Mitteln zu verfolgen. Daneben sind die Ursachen des Konflikts, die ländliche Entwicklung sowie die Bodenreform Bestandteile des Abkommens. Ein wichtiges Kapitel behandelt die Unrechtsaufarbeitung. Vieles davon musste und muss vom kolumbianischen Kongress legitimiert werden.

Gab und gibt es gemeinsame Bemühungen der Mission der Vereinten Nationen in Kolumbien und der EU?

Die EU unterstützt die UN-Mission in Kolumbien und einige Mitgliedstaaten stellen Monitoring-Personal für die Mission bereit. Der Friedensprozess wird durch einen Dreiparteien-Mechanismus unter Beteiligung der UN, der kolumbianischen Armee und der FARC überwacht. Diese dreigliedrige Struktur besteht sowohl auf nationaler Ebene als auch auf lokaler Ebene. Die EU soll den Prozess in drei Schlüsselbereichen begleiten: die Entwicklung des ländlichen Raums, die Integration der FARC-Mitglieder und die Einrichtung einer Sonderkommission innerhalb der Staatsanwaltschaft. Gleichzeitig bin ich in regelmäßigem Kontakt mit dem Leiter der UN-Mission Jean Arnault.

Wie beurteilen Sie die Stabilität des Friedensschlusses und vor welchen Herausforderungen steht das Land?

Der Prozess der Waffenniederlegung hat begonnen und soll bis Mitte 2017 abgeschlossen sein. Gespräche mit der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) werden in Kürze beginnen. Auch hier hoffe ich auf ein Friedensabkommen. Die EU hat einen Treuhandfonds zur Finanzierung der Umsetzung eingerichtet. Die nächsten 18 Monate werden entscheidend sein und ich werde den Dialog mit allen politischen Seiten aufrechterhalten. Der illegale Drogenhandel ist eine Hauptursache für die anhaltende Gewalt. Das Friedensabkommen enthält Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenproblems und die Strafverfolgungsbehörden verfügen nun über mehr Ressourcen.

Eamon Gilmore,
geb. 1955, ist EU-Sondergesandter für den Friedensprozess in Kolumbien.
UN Photo: E. Debebe

das Abschlussdokument gefunden, obwohl sie durchaus kontrovers diskutiert worden war. Allerdings blieb die Forderung nach einem ›Recht auf Stadt‹ so unscharf, dass sie keinen heftigen Widerstand herausforderte.

Hinsichtlich der Größe hat Habitat III zweifellos seine Vorgängerkonferenzen überholt. 30 000 Besucherinnen und Besucher aus 167 Staaten zählten die Veranstalter. Neben den Plenumsveranstaltungen fanden rund 1000 weitere Aktionen und Diskussionsveranstaltungen statt. Ecuadors Präsident Raffael Correa hatte ausdrücklich die Jugend eingeladen, sich in Quito einzumischen.[18]

Netzwerke statt Appelle

Viele lokale Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger möchten sich mit bloßen Appellen nicht mehr zufrieden geben. Es gibt viele internationale Städtebündnisse, die sich ehrgeizige Klimaziele gegeben haben. Dass Städte, die größer sind als mehrere Kleinstaaten zusammen, bei den Vereinten Nationen weiterhin nichts zu sagen haben, ärgert viele von ihnen.

Laut dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller, der am ersten Tag der Habitat III-Konferenz aufgrund der Abwesenheit hochrangiger deutscher Regierungsvertreter zum Leiter der deutschen Delegation aufgestiegen war, hat sich die Stimmung allerdings gedreht. Zwei Jahre vor der Habitat III-Konferenz sei sein Redebeitrag vor der UN-Generalversammlung als Vertreter des Netzwerks Metropolis[19] noch nicht so ernst genommen worden.[20] Das Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unmittelbar vor der Habitat III-Konferenz war auch als Zeichen zu verstehen, dass Städte immer wichtiger werden, um weltweite Ziele umzusetzen.

In einem halben Jahr möchte der Präsident der UN-Generalversammlung Peter Thomson wissen, wie die ›Neue Stadtagenda‹ umgesetzt werden kann. Bereits in Quito hat UN-Habitat damit begonnen, Umsetzungsinitiativen zu sammeln und in einer Datenbank zu präsentieren. Bis zum Sommer 2017 sollen erste Vorschläge zu Kriterien und Berichterstattung zur Umsetzung vorliegen.

Der Veränderungsdruck durch die Globalisierung und den Klimawandel erfordert allerdings neue Entscheidungsstrukturen. Die Vereinten Nationen werden nach Wegen suchen müssen, die Städte und Regionen stärker in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Die Nationalstaaten werden die Herausforderungen der Zukunft nur dann bestehen können, wenn sie Macht an multilaterale Strukturen, jedoch auch ›nach unten‹ an die Städte abtreten.